**Allgemeine Zeitung, 17.05.1947: Hier sprechen die Parteien zur Wahl**

**SP: Gegen Amtsmissbrauch und Hitlermethoden**

Der provisorische Ministerpräsident der provisorischen Regierung Rheinland-Pfalz, Dr. Boden, hat am 9. Mai 1947 alle Bürgermeister und Landräte unter nachrichtlicher Mitteilung der Regierungspräsidenten angewiesen, Handzettel und Klebestreifen von Amts wegen zur Verteilung zu bringen, die im Sinne der CDU-Propaganda sind. Die von Dr. Boden unterzeichnete Anweisung schließt mit dem Satz:

„Ich erwarte, daß die unterstellten Dienststellen alles daransetzen, das Propagandamaterial so schnell wie irgend möglich zur Verteildung zu bringen.“

Der landes-Ausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Rheinland-Pfalz erhebt im Namen der demokratischen Grundrechte schärfsten Protest gegen offenen Amtsmißbrauch des derzeitigen Ministerpräsidenten und fordert dessen sofortige Amtsenthebung.

Dis Sozialdemokratische Partei weist erneut darauf hin, daß die Methoden des prominentesten CDU-Vertreters im Lande Rheinland-Pfalz sowie der Ton seiner Amtssprache eine direkte Fortsetzung der amtlichen Mißbräuche unter der Hitlerdiktatur darstellen.

Die Sozialdemokratische Partei, die immer und gegen jede Diktatur aufgetreten ist, ruft die Bevölkerung von Rheinland-Pfalz auf, am 18. Mai 1947 dem Versuch der Errichtung einer neuen Diktatur mit einem kräftigen „Nein“ zu beantworten.

Der Landesausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Rheinland-Pfalz

gez.: Bögler, Dr. Hoffmann, Kuraner, Pfalz; Hitter, Markscheffel, Rheinhessen; Beltzenhäuser, Scherer, Rheinland-Hessen-Nassau.

Die SP für den Bauern!

Sie lügen, wenn sie behaupten, die Sozialdemokraten wollen den Bauern alles nehmen, was mehr ist, als eine sogenannte Ackernahrung. Sie lügen, wenn sie behaupten, die Sozialdemokaten seien den Bauern feindlich gesinnt!

Tausende tüchtiger und erfahrener Bauern sind Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und beraten sie im Bauernsinne. Fragt sie nur, wie bereitwillig die SP ihren Ratschlägen folgt! Die Sozialdemokraten kennen keine Trennung von Stadt und Land mehr, sie wissen zu genau, daß die Stadt nicht ohne eine gesunde Landwirtschaft, daß das Land nicht ohne eine gesunde handwerkliche und industrielle städtische Wirtschaft leben kann.

**Wenn der Bauern nicht leben kann, kann das Volk nicht leben!**

Wenn der Bauer nicht richtig wirtschaften kann, wegen Mangel an allem, was richtiges Wirtschaften ermöglicht, kann das ganze Volk nicht leben!

In Rheinhessen kann es nur eine Bauernpolitik geben, weil hier nur selbst hart arbeitende Bauern das Gesicht der Landwirtschaft bestimmen.

Diesen Bauern aber sagt die Sozialdemokratische Partei, daß sie niemals eine Enteignung solcher Betriebe dulden wird, noch sie jemals geplant hat.

Die Sozialdemokratie ist gegen alle Zwangsanbaupläne, sie will in freier Abstimmung der Verbraucherbedürfnisse auf die landschaftlichen Möglichkeiten eine so gute Versorgung von Stadt und Land gerbeiführen, wie es nur irgend möglich ist.

Darum verlangt gerade die SP, die Ablehnung dieser Verfassung,

**das klare NEIN!**

weil diese Verfassung nicht die Voraussetzungen einer wirtschaftlich gesunden Entwicklung auch des rheinhessischen Bauerntums gewährleistet!

**An die Schwankenden**

Sie wissen nicht recht, ob Sie sich an der Wahl beteiligen sollen?

Das deutsche Volk hat in der Welt dem Ruf, in erster Linie gehorsam zu sein, ganz gleich ob es ein politischer Verbrecher ist, der es seiner Macht untertan machte, oder ein Generalfeldmarschall. Wir wissen, daß dies nur bedingt richtig ist.

Wie aber können wir der Welt dies anders beweisen, als daß wir äußerst nachdrücklich mit einer möglichst großen Wahlbeteiligung sichtbar machen, daß wir gar nicht daran denken, uns wieder einem „fragwürdigen Retter“ auszuliefern, sondern entschlossen sind, unser Schicksal selbst in die Hand zu nehmen!

Der totale Zusammenbruch des „tausendjährigen Hitlerreiches“ mit der totalen Katastrophe bedingt es, daß fremde Mächte über uns bestimmen. Diese fremden Mächte achten sehr sorgsam auf jede unserer politischen Willensäußerungen. Sollen wir freiwillig auf diese Willensäußerung verzichten?

Deshalb sagen wir laut und deutlich zu dem uns jetzt von „Dunklen Mächten“ mit reaktionären Zielen, vorgelegten Verfassungsentwurf

**NEIN!**

Dieses NEIN hätte aber keine Bedeutung, wenn nur wenige NEIN sagen.

**Es muß eine Flut an NEIN-Stimmen sein!**

Soll in dieser Flut Ihre NEIN-Stimme fehlen? Niemals würden Sie sich einen schlechteren Dienst erweise, als gerade jetzt der Abstimmung fern zu bleiben.

**Für uns sind die Kriegsgeschädigten nicht Träger des Nazigeistes, sondern die Opfer des Nazigeistes. Sie helfen uns, damit wir ihnen helfen können! Sie stehen zur SPD.**

**Und der freie Mittelstand?**

Merkwürdige Freunde versuchen dem freien Mittelstand einzuflüstern, daß die Sozialdemokraten ihm „an den Kragen“ wollen.

Angehörige des Mittelstandes, paßt auf!

Glaubt Ihr denn, daß die großen Besitze zustande gekommen wären, wenn nicht Hunderte und Tausende gesunder Kleinbetriebe „aufgesogen“ worden wären? Glaubt Ihr denn, daß diese Herren diese Verfassung begrüßt hätten, wenn sie nicht ihren Interessen dienen würde?

**NEIN! und nochmals NEIN!**

Gerade der Mittelstand weiß, daß die „Zuteilungen“, das abgestufte Rabattsystem und das immer mehr um sich greifende offene und verkappte Filialwesen ihm mehr und mehr die Freiheit der Entschließung, die „initiative“ nahmen. Die Entwicklung ging sichtbar dahin, den Mittelstand zu einem Glied der „Großen“ zu machen, mit einer vom Großbesitz nicht allzuweit gesteckten Existenzspanne in guten Zeiten, aber in schlechten mit der ganzen folgenrechen Schwere eines Minderumsatzes! Damit gelten für den Mittelstand die gleichen Unterdrückungs- und Ausbeutungsbedingungen, die auch vom Arbeiter und Angestellten so schmerzvoll verspürt wurden. Wehrten sich aber diese Schichten energisch gegen solche Tendenzen, erlag der Mittelstand immer wieder den Flötentönen: „Wir von der Wirtschaft…“

Wohl gingen zahlreiche Einzelpersönlichkeiten des Mittelstandes mit der sozialistischen Bevölkerung, aber die Masse des Mittelstandes glaubte sich noch immer an die Seite des Großbesitzes gehörig und ging mit ihm durch dick und dünn – und schließlich gar zu Hitler, zu seinem totalen Krieg mit der ausbleiblichen totalen Niederlage.

\_ \_ \_ \_

Heute abend 20 Uhr im „Rad“ Mainz

Reg.-Präsident Dr. Rückert, Schulrat Cronenbold

sprechen zu den Wählern

\_ \_ \_ \_

Die Sozialdemokraten haben mit dem ganzen Volke bitter erfahren, wie furchtbar es wäre, die Fehler von 1918 bis 1933 noch einmal zu wiederholen. Diese Fehler waren daß man den „Dunkelmännern“, den „Wirtschaftskönigen“, den bevorrechtigten Klüngeln die Macht ließ, die aus ihrer Stellung und aus ihrem Großbesitz entsprang.

Der Verfassungsentwurf, über den wir Rheinhessen jetzt sollen, würde aber gerade diese Fehler trotz aller bösen Erfahrungen wiederholen.

**Darum Mittelständler!** erhaltet Euch die notwendige freie Initiative, indem Ihr mit allen sozialistisch denkenden Menschen diese Verfassung die dem Machtstreben einer kleinen Wirtschaftsdynastie entsprang,

**Euer NEIN**

entgegen.